

Pressemitteilung 29.10.2019

Anhörung im Gesetzgebungsverfahren zur vertraulichen Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt gewährleisten

Wir begrüßen die Gesetzesinitiative von Bundesminister Spahn zur Krankenkassenfinanzierung der vertraulichen Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt. Wir fordern jedoch die Verbesserung des vorliegenden Gesetzesentwurfs unter Einbezug der Expertise von Fachkräften.

Die Regierungskoalition hat einen Gesetzentwurf zur anonymen Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt vorgelegt. Der Entwurf ist am 23.10. im Gesundheitsausschuss des Bundestages diskutiert worden und soll am 14./15.11.2019 im Bundestag verabschiedet werden.

S.I.G.N.A.L. e.V. begrüßt ausdrücklich, dass die Kostenübernahme für die vertrauliche Spurensicherung gesetzlich als Kassenleistung geregelt werden soll. Wir begrüßen ebenfalls dass die Abrechnung in vertraulicher bzw. anonymer Weise erfolgen soll.

S.I.G.N.A.L. e.V. sieht aus seiner langjährigen Beschäftigung mit der Thematik jedoch auch dringenden Bedarf für Ergänzungen:

- Der Entwurf berücksichtigt nicht alle im Rahmen der medizinischen Versorgung und Ersthilfe nach sexualisierter Gewalt erforderlichen Leistungen. Die Versorgungsstandards nach sexualisierter Gewalt aus den WHO-Leitlinien 2013 sind aufzugreifen und finanziell abzusichern (vgl. WHO 2013).
- Die zugesicherte Vertraulichkeit bzw. Anonymität bei der Leistungsabrechnung bezieht sich im Gesetzesentwurf nicht auf den gesamten Versorgungsprozess, sondern nur auf den Teilbereich der Spurensicherung. Es bedarf einer Erweiterung.
- Die besondere Versorgungssituation für einwilligungsfähige Jugendliche, die sexuelle Gewalt erlebt haben und deren Eltern privatversichert sind, bleibt unberücksichtigt (vgl. Lohse 2018).
- Die Qualifizierung der Fachkräfte in Ersthilfe - inkl. Dokumentation und Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt - ist eine wesentliche Grundlage für eine angemessene, qualitativ hochwertige Umsetzung der bestehenden Versorgungsstandards. Sie wird jedoch explizit aus der Finanzierung ausgeschlossen. Hier bedarf es mindestens einer Klärung, wie, durch wen und mit welchen Inhalten die Qualifizierung der Fachkräfte gewährleistet wird.

Die Expertise von Verbänden und Organisationen, die seit Jahren praktisch und wissenschaftlich mit der Thematik befasst sind und Betroffene beraten und unterstützen, wurde in das Gesetzgebungsverfahren nicht eingebunden. Wir fordern, dass dies z.B. im Rahmen einer Anhörung im Bundestag oder durch ein Expertengespräch nachgeholt wird.

Selbstverständlich stehen wir gerne für weitere Informationen und Fachberatung zur Verfügung.

Unterzeichnende:



Kontakt:

S.I.G.N.A.L. e.V., Sprengelstr. 15, 13353 Berlin
Karin Wieners, Marion Winterholler, Angelika May
T: 030 - 246 30 579
info@signal-intervention.de

Weitere Informationen

Gesetzentwurf: Änderungsantrag 1-3 (fachfremd) der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zum Masernschutzgesetz: https://www.bundestag.de/resource/blob/663162/5e0910af6bbc0050427f1f24563a89cb/19_14_0111-1_AeA-1-3-Koa_Masernschutz_fachfremd-data.pdf
<https://www.bundestag.de/resource/blob/663162/5e0910af6bbc0050427f1f24563a89cb/19_14_0111-1_AeA-1-3-Koa_Masernschutz_fachfremd-data.pdf>

Fachliche Empfehlungen zur medizinischen Versorgung nach sexualisierter Gewalt:

WHO (2013), Evidenzbasierte Leitlinien für den Umgang mit Gewalt in Paarbeziehungen und mit sexueller Gewalt gegen Frauen für Gesundheitsversorgung und Gesundheitspolitik. <http://www.signal-intervention.de/leitlinien-und-handbuecher-internationaler-organisationen>

Lohse et al. (2018), Ärztliche Versorgung Minderjähriger nach sexueller Gewalt ohne Einbezug der Eltern. http://www.signal-intervention.de/sites/default/files/2019-02/Infothek_Expertise_Aerztliche_Versorgung_Minderjaehriger_nach_sexueller_Gewalt_5_2018.pdf und

Blättner et al. (2019), Studie zu aktuellen Verfahrensweisen in der Versorgung Jugendlicher und von Menschen mit Beeinträchtigungen https://beauftragter-missbrauch.de/fileadmin/Content/pdf/Meldungen/2019/09_September/16/Verfahrensweise_bei_der_aerztlichen_Versorgung_Minderjaehriger_nach_sexueller_Gewalt_ohne_Einbezug_der_Eltern.pdf

Stellungnahme des Deutschen Instituts für Menschenrechte: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/show/stellungnahme-des-deutschen-instituts-fuer-menschenrechte/>
<<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/show/stellungnahme-des-deutschen-instituts-fuer-menschenrechte/>>

Pressestatement der Beratungsstelle Frauennotruf Frankfurt: <https://www.frauennotruf-frankfurt.de/fileadmin/redaktion/pdf/PM-2019/FNR-FFM-Pressestatement-Spahn-hat-Recht.pdf>